

Information nach § 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Seit dem 25.05.2018 ist die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) europaweit wirksam. Diese Vorschrift verpflichtet mich, Sie bei der Erhebung Ihrer Personenbezogenen Daten wie folgt zu informieren:

Zweck der Datenverarbeitung

Sie haben die Schuldnerberatungsstelle der Stadt Troisdorf bevollmächtigt, Ihre Vermögensangelegenheiten wahrzunehmen. Damit die Schuldnerberatungsstelle diese Aufgabe wahrnehmen kann, muss sie personenbezogene Daten von Ihnen verarbeiten.

Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Schuldnerberatung

Verantwortlicher

Stadt Troisdorf, Der Bürgermeister, Kölner Str. 176, 53840 Troisdorf, Tel. 02241/9000, E-Mail rathaus@troisdorf.de

Verantwortliche Dienststelle: Sozialamt, Schuldnerberatung

Behördlicher Datenschutzbeauftragter

Stadt Troisdorf, Datenschutzbeauftragter, Kölner Str. 176, 53840 Troisdorf, Tel. 02241/900331, E-Mail: datenschutz@troisdorf.de

Rechtsgrundlage

Die Schuldnerberatung verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten auf der Grundlage des Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe e) DSGVO in Verbindung mit § 3 Abs. 1 Datenschutzgesetz NRW (DSG NRW) – Verarbeitung zur Wahrnehmung öffentlicher Interessen.

Kategorie der betroffenen Personen

Personen, die die Leistungen der Schuldnerberatung der Stadt Troisdorf in Anspruch nehmen (insbes. Beratung, Unterstützung, Wahrnehmung der Vermögensangelegenheiten).

Kategorie der personenbezogenen Daten

Die Schuldnerberatung verarbeitet ausschließlich Daten, die für die Bearbeitung Ihrer Angelegenheiten unbedingt erforderlich sind. Es sind dies z.B. Name, Anschrift, Kontaktdaten, Angaben zu Haushaltsangehörigen, Bankverbindung, finanzielle Angaben wie Miethöhe, Einkommen oder Daten zum Arbeitgeber). Die Daten werden üblicherweise bei Ihnen und nicht bei Dritten erhoben.

Empfänger

Eine Weitergabe der personenbezogenen Daten außerhalb der Stadt Troisdorf ist nicht vorgesehen. Ausnahme: Im Rahmen einer Bundesstatistik werden personenbezogene Daten weitergegeben. Hierfür wird jedoch Ihr Einverständnis eingeholt.

Form der Verarbeitung

Für die Datenverarbeitung werden IT-Verfahren genutzt, die in meinem Auftrag zweck- und weisungsgebunden durch einen Dienstleister in der Europäischen Union (EU) oder dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) betrieben werden. Der Dienstleister erfüllt dabei die Vorgaben der DSGVO. Darüber hinaus werden personenbezogene Daten in einer systematisierten Akte verarbeitet.

Speicherdauer/Löschfrist

Personenbezogene Daten werden grundsätzlich gelöscht, sobald der Zweck der Verarbeitung entfallen ist. Für die Schuldnerberatung gelten keine gesetzlich definierten Aufbewahrungsfristen. Deshalb orientiert sich die Frist an der des Sozialamtes. Ihre Unterlagen werden bis zu zehn Jahren aufbewahrt. Danach werden die Daten, insbesondere Ihre Unterlagen fachmännisch vernichtet. Vor der Löschung werden die Daten dem Stadtarchiv angeboten. Sofern die Daten nicht archivwürdig sind, erfolgt die Vernichtung. In der verwendeten Software werden Ihre Daten gelöscht, sobald der Zweck der Verarbeitung entfallen ist.

Betroffenenrechte

Sie haben folgende Rechte, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind:

- Auskunftsrecht (Art. 15 DSGVO),
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO),
- Recht auf Löschung und auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 17, 18 DSGVO),
- Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 57 Abs. 1 Buchstabe f) DSGVO).

Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde:

Sie haben das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Auffassung sind, dass die Datenverarbeitung gegen geltendes Recht verstößt. Aufsichtsbehörde für das Land Nordrhein-Westfalen: Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Tel. 0211/384240, E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de.